Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatanzeigen 10 Pfg. Reklamen pro Zeile 15 Pfg.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 31. | Nebra, Mittwoch, den 11. März 1908. | 21. Jahrgang.

Englische Hetzer.

Einige Wochen haben wir vor den Angriffen der englischen Presse verhältnismäßig Ruhe gehabt und vor wenigen Tagen klang aus dem Parlament am Themsestrand sogar manches freundliche Wort zu uns. Auch die Mißtrauischen konnten sich an den Glauben gewöhnen, die Brücke des Verständnisses sei von Volk zu Volk geschlagen. Aber die ‚Times‘, das Hetzblatt, dessen deutschfeindliche Art schon die verstorbene englische Königin Viktoria ernsthaft gerügt hat, lassen keine Eintracht aufkommen, wünschen keine.

Die ‚Times‘ veröffentlichen unter der Überschrift: „Unter welchem König?“ folgenden Brief ihres militärischen Mitarbeiters: „Ich halte es für meine Pflicht, Sie zu ersuchen, die Aufmerksamkeit des Publikums auf eine Angelegenheit von ernster Wichtigkeit zu lenken. Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß Seine Majestät der deutsche Kaiser kürzlich einen Brief an Lord Tweedmouth (den Ersten Lord der Admiralität) über die englische und deutsche Flottenpolitik gerichtet hat, und es wird versichert, daß dieser Brief einem Versuche gleichkommt, den für unser Flottenbudget verantwortlichen Minister im deutschen Interesse zu beeinflussen. Unter diesen Umständen, und da die Sache bei der Anzahl von Personen, denen sie höchst unklugerweise und unglücklicherweise mitgeteilt wurde, zum offenen Geheimnis geworden ist, erlaube ich mir darauf zu bringen, daß der beregte Brief zusammen mit der Erwiderung ohne Verzug dem Parlament vorgelegt werde.“

Das Blatt schreibt nun darüber einen Leitartikel, der wieder einmal zeigt, daß ihm jedes Mittel recht ist, um Deutschlands Politik zu verdächtigen. „Niemand könne glauben, daß der Kaiser den Brief zu irgend einem andern Zweck als im deutschen Interesse geschrieben habe. Falls der Ehrenrang eines Admirals der britischen Flotte einen ausländischen Potentaten zur Einmischung in die inneren englischen Angelegenheiten durch geheimen Appell an den Chef eines Departements, von welchem die nationale Sicherheit abhängt, berechtigen sollte, so wäre die Abschaffung solcher dynastischen Höflichkeitsbezeigungen eine dringende Notwendigkeit.

Falls der deutsche Kaiser England etwas über ein billiges Einverständnis über Rüstungen zu sagen habe, so bestge er amtliche Wege hierzu; keinerlei Privatbeziehungen, die er huldvoll zu Personen der englischen Regierung unterhalten möge, könnten die Abweichung vom regelrechten Verfahren und die Zuhilfenahme von privatem Einfluß entschuldigen, dem einige Männer zugänglich wären, wenn er von hoher Seite komme. England sei jetzt berechtigt, die Veröffentlichung des Briefes und der Erwiderung zu verlangen. Es gebe keine Diskretion in solchen Sachen. Lord Tweedmouth sei ein öffentlicher Beamter, er sei als öffentlicher Beamter angegangen worden, und zwar nur, weil er öffentlicher Beamter sei, und er sei betreffs der Leitung eines vitalen Teils der nationalen Angelegenheiten angegangen worden. Nichts als vollste Öffentlichkeit könne genügen.“

Es ist nicht einzusehen, weshalb ein englischer hoher Beamter, dessen Bekanntschaft der deutsche Kaiser in England gemacht hat, einen privaten, von persönlichen Dingen handelnden Brief (so hat's der Lord im Parlament genannt!) der Öffentlichkeit preisgeben soll. Der Lord hat erklärt, in dem Schreiben Kaiser Wilhelms sei nichts vom englischen Flottenbudget enthalten, sondern lediglich die Rede von der ungerechten Kritik gewesen, die man in England am Budget der deutschen Flotte übt.

Die englische Regierung hat amtlich durch den Schatzsekretär Asquith im Unterhause erklären lassen: „Es ist Tatsache, daß Lord Tweedmouth am 18. d. einen Brief vom deutschen Kaiser erhielt. Es war eine rein private und persönliche Mitteilung, die in durchaus freundschaftlichem Sinne gehalten war, und die Antwort des Lord Tweedmouth war ebenso privat und nicht förmlich gehalten. Weder der Brief noch die Antwort waren dem Kabinett bekannt oder mitgeteilt worden. Ich möchte mit bezug auf einige Andeutungen, die gemacht worden zu sein scheinen, bemerken, daß, ehe der Brief eintraf, das Kabinett seine endgültige Entscheidung bezüglich des Flottenbudgets von diesem Jahre getroffen hatte.“ — Was man in England noch aus dieser Angelegenheit machen wird, kann Deutschland ruhig abwarten.

Deutscher Reichstag.

Am 6. d. wird die zweite Etatsberatung des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Bayrischer Staatsrat Ritter v. Burkhard: Der Abg. Fuhrmann hat gestern behauptet, der bayrische Finanzminister habe in der bayrischen Kammer die Notwendigkeit nicht allein neuer indirekter Steuern, sondern auch einer Reichserbschaftssteuer, oder, wenn diese nicht durchzubringen sei, einer Reichsvermögenssteuer anerkannt. Daraus folgert man, der bayrische Finanzminister sei ein Freund direkter Reichssteuern. Dagegen hat er vor etwa 14 Tagen in dem Finanzausschuß der bayrischen Kammer erklärt, das Reich brauche 250 bis 330 Millionen neuer Steuern. Wenn der Reichstag weitere indirekte Steuern bewilligen sollte, dann würde er sicherlich die Heranziehung des Vermögens in irgendeiner Form fordern, und dann würde auch wahrscheinlich zur Desjendenten- und Ehegattenerbschaftssteuer geschritten werden müssen. Das wäre gegenüber der Einführung der direkten Reichssteuern das kleinere Übel. Das ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was behauptet wurde. Wollen Sie jetzt dem neuen Reichsschatzsekretär Zeit lassen, sein Programm auszuarbeiten und es dann mit dem Bundesrat und dem Reichstag in Übereinstimmung zu bringen. Ich hoffe, daß wir dann einmütig zusammenarbeiten und die Bundesstaaten ihre Kulturaufgaben erfüllen können.

Abg. Hoch (soz.): Der Staatssekretär hat uns Einseitigkeit vorgeworfen, nur er habe seine Informationen von den verschiedenen Seiten. Auch wir tun dies! Die Mißstände in dem Krankenkassenwesen sind dadurch entstanden, daß die Aufsichtsbehörden von ihrer Befugnis nicht genügend Gebrauch machen und die Arbeiter von der Selbstverwaltung immer mehr ausgeschlossen werden. Die größten Mißstände bestehen in den Betriebskrankenkassen, da die Arbeiter in diesen nicht in der Lage sind, ihre Interessen in notwendiger Weise zu vertreten. Schwere Mißstände bestehen auch bei den Berufsgenossenschaften. Die Rentenempfänger werden von den Berufsgenossenschaften drangsaliert und bekommen ihnen gegenüber selten recht. Redner kommt sodann auf die Seeberufsgenossenschaft zu sprechen. Abg. Heckscher habe dort gezeigt, was von der liberalen Arbeiterfürsorge zu halten sei. Eine Reform der Unfall- und Invaliditätsversicherung ist im Interesse der Ärmsten erwünscht. Die Ärzte müssen auskömmlich und zufriedenstellend bezahlt werden, dann ist auch für die Kranken am besten gesorgt. Die freie Arztwahl würde zu teuer werden, grundsätzlich soll sie aber nicht abgelehnt werden. Geheimrat Hoffa meinte, die Kassenärzte seien gar nicht in der Lage, ihre Patienten zweckmäßig zu behandeln.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Klage über zu strenge Festsetzung der Invalidenrente ist unberechtigt. Abg. Kämpf hat gefragt, was auf Grund der Resolution Ablaß geschehen sei, die die Einwickelung der Armenunterstützung auf die Wahrnehmung öffentlicher Rechte betraf. Die Resolution beschäftigt mich gegenwärtig. Meine persönliche Ansicht ist die, daß diese Bestimmung nicht mehr in allen Beziehungen mit der gegenwärtigen Entwickelung in Übereinstimmung zu bringen ist. Die Art der Gewährung von Armenunterstützung hat sich im Laufe der Jahre außerordentlich verändert, es ist jetzt Krankenhausbehandlung, Heilstättenbehandlung und Gewährung von Schul- und Lernmitteln usw. Der Umfang der Armenfürsorge hat in erfreulicher Weise zugenommen, deshalb glaube ich, daß man in eine Revision treten muß. Nur bei bauernder Unterstützung sollte das Wahlrecht verlustig gehen. Diese verschiedenen Gesichtspunkte werden geprüft werden, dann geht die Angelegenheit an den Bundesrat zu weiterer Beschlußfassung. Die Reform der Versicherungsgesetzgebung ist die wichtigste Aufgabe meines Amtes. Den Dank des Frhrn. v. Heyl für die Einbringung der Gewerbeordnungsnovelle stehe ich für mich an, er gebührt dem Grafen Posadowsky. Das Ergebnis der Kartellenquete wird als negativ bezeichnet. Im Reichstag haben die Kartelle keine Vertreter, die Regierung muß daher unbefangen prüfen. Das ist doch noch lange keine Parteinahme. Die Reichsverwaltung hat schon seit langer Zeit die große wirtschaftliche Bedeutung der Kartelle und ihre ernste Gefahr erkannt. Wenn die Kartelle über das zulässige Maß hinausgehen sollten, so wird ein Riegel vorgeschoben. Eine schematische Regulierung der Angelegenheit ist unmöglich.

Abg. Mugdan (frs. Vp.): Herr Hoch hat maßlos übertrieben. Es ist unverständlich, wie man in dem auf Grund des allgemeinen, direkten, geheimen Wahlrechts gewählten Reichstage von der Rechtlosigkeit der Arbeiter sprechen kann. Hätte es von der Sozialdemokratie abgehangen, so wäre noch nichts geschehen. Bezüglich des Kassenwesens in Berlin liegt es so, daß nur mit sieben Ärzten Verträge abgeschlossen werden, diese sind also zu den 400 bis 500 sonstigen Ärzten gewissermaßen Zwischenmeister. Die Ärzte sind von den Krankenkassen abhängig. Hält die Kasse einen nach Urteil des Arztes Erwerbsunfähigen nicht für erwerbsfähig, so wird ein anderer Arzt befragt, der schließlich aus Existenzrücksichten den Mann gesund schreibt, und das nennt man dann Sparsamkeit. Widerspricht der Arzt der Krankenkasse, so läuft er Gefahr, ausgeschlossen zu werden. Wir sind für die freie Arztwahl, weil wir bei dem System der fixierten Kassenärzte eine sachgemäße Behandlung der Patienten für unmöglich halten.

Abg. Schack (wirtsch. Vgg.) regt an, eine ständige Kommission für Sozialpolitik einzusetzen, die Vorarbeiten zur Pensionsversicherung der Privatangestellten sollten beschleunigt werden. Die Altersgrenze bei der Altersversicherung muß herabgesetzt werden. Das Kaufmannsgerichtswesen wird in Bayern und Sachsen sehr gefördert, für Preußen ist noch manches zu wünschen, insbesondere in den Industriebezirken. Bei diesen Wahlen hat das Proportionalwahlsystem sich vorzüglich bewährt, deshalb verlangen wir in unserer Resolution dieses Wahlsystem für alle Wahlen von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter auf Grund der Arbeiterversicherungs- und der Arbeiterrechtsgesetze. Der Resolution v. Brockhausen auf Unterstrafestellung des Schmiergebergebens stimmen wir nicht zu.

Abg. Neuner (nat.-lib.) begründet eine Resolution betreffend die Unfallfürsorge bei Arbeiten, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, unter besonderer Berücksichtigung der bei solcher Tätigkeit vorkommenden Feuer-, Wasser- und andrer Gefahren.

Darauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung Dienstag.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm hat in Wilhelmshaven die Vereidigung von 843 Marinerekruten vorgenommen und dem Stapellauf des Linienschiffes „Ersatz Bayern“, das den Namen Nassau erhielt, beigewohnt.

* Wieder einmal haben die ‚Times‘ einen ungeheuren Skandal verursacht zu dem einzigen Zweck, Deutschland und seiner Politik Ungelegenheiten zu bereiten. Das Blatt hat nämlich einen Artikel veröffentlicht, in dem die Behauptung aufgestellt wird, Kaiser Wilhelm habe an den ersten Lord der englischen Admiralität, Tweedmouth, einen Brief geschrieben, in dem der Versuch gemacht wird, Einfluß auf die englische Flottenpolitik zu gewinnen. — Wahr ist aber nur, daß der deutsche Kaiser an den Lord, der den Monarchen von seinem Besuch in England her kennt, einen Privatbrief gerichtet hat. In diesem Sinne gab auch die Regierung in der Kammer eine Erklärung ab. Trotz alledem erregt die Angelegenheit in ganz Europa peinliches Aufsehen, weil sie vor allem zeigt, daß die englischen Hetzpolitiker ununterbrochen am Werke sind, um Zwietracht zu säen.

* Wie aus Rom gemeldet wird, ist dort das Gerücht verbreitet, Kaiser Wilhelm werde auf Korfu mit König Eduard und dem König Viktor Emanuel zusammentreffen.

* Wie aus Gera gemeldet wird, wird auf Befehl des Erbprinzen von Reuß j. L. amtlich festgestellt, daß gelegentlich der Vermählung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Eleonore von Reuß am 1. März d. mittags 12 Uhr in der Schloßkirche zu Osterstein eine vollgültige evangelische kirchliche Trauung unter strenger Beobachtung aller Vorschriften der evangelischen Kirche vollzogen worden ist. Alle andern Nachrichten entsprechen nicht den Tatsachen.

* Es wird jetzt amtlich bestätigt, daß die französische Regierung über die bevorstehende Entsendung von Verstärkungen nach Marokko den Mächten, die den Vertrag von Algeciras unterzeichnet haben, Mitteilung gemacht hat. In Berlin wurde, einer halbamtlichen Meldung zufolge, bei Entgegennahme der Mitteilung vom Auswärtigen Amt Herrn Cambon die Erwartung ausgedrückt, es werde Bedacht genommen werden, daß die schon durch die bisherigen militärischen Maßnahmen in Marokko erheblich beeinträchtigten deutschen Handelsinteressen nicht noch weiteren empfindlichen Schaden erlitten. Der Botschafter gab namens seiner Regierung eine entsprechende Zusage.

* Wie verlautet, soll die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch eine Ergänzung zur Gewerbeordnung neu geregelt werden. Danach sollen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, an den übrigen Sonn- und Festtagen nicht länger als 5 Stunden beschäftigt werden.

* Der dem preuß. Abgeordnetenhause zugegangene Entwurf über den Bau des masurischen Kanals verlangt für den eigentlichen Kanal vom Mauersee nach der Alle bei Allenburg 14 700 000 Mark und für die Anlage von Staubecken im masurischen Seegebiete 1 815 000 Mark. Mit dem Bau des Kanals soll erst dann begonnen werden, wenn der gesamte zum Bau des Kanals erforderliche Grund und Boden der Staatsregierung unentgeltlich und lastenfrei überwiesen ist oder etwaige für Beschaffung von Boden entstehende Kosten dem Staate sichergestellt sind.

* Der Etatsausschuß in Halle a. S. beschloß, der Einführung der Wertzuwachssteuer für unbebaute Grundstücke auf 20 Jahre, für bebaute auf 10 Jahre rückwirkende Kraft zu geben.

* Die bayrische Abgeordnetenkammer hat mit Zustimmung des Justizministers beschlossen, daß die Zuständigkeit der Schwurgerichte für die durch die Presse begangenen Zuwiderhandlungen gegen das Verbot des unlauteren Wettbewerbs abgeschafft werden soll. Der Minister betonte dabei, daß die grundsätzliche Einrichtung der Schwurgerichte mit diesem Beschluß nichts zu tun habe.

* Am 1. April d. tritt auch für den Südbezirk des Schutzgebietes Kamerun die in den andern Bezirken schon seit Juli v. geltende Verordnung in Kraft, daß die Farbigen ihre Löhnung in bar erhalten. Die Verwaltung hofft dadurch dem Tauschhandel immer mehr Gebiete zu entziehen und dem Barhandel zuzuführen.

Österreich-Ungarn.

* Aus Wien wird gemeldet, daß jetzt festgesetzt sei, die angekündigte Vermehrung des Rekruten-Bestandes der Landwehr betrage 5000 Mann. Diese Maßnahme gründet sich auf die Anforderungen für die neuen Artillerieformationen und die Gebirgstruppen.

Frankreich.

* König Eduard, der zum Besuch in Paris weilt, hatte mit dem Ministerpräsidenten Clémenceau und dem Minister des Äußeren Pichon eine lange Unterredung. Es heißt, daß sowohl die Maßnahmen in Marokko, als auch die Balkanfrage Gegenstand der Unterhandlungen gewesen seien. Außerdem sind die Reisen des Präsidenten Fallières nach den Nordlanden festgesetzt worden. Der Präsident der Republik wird im Juli die französisch-englische Ausstellung in London besuchen und sich von dort nach Kopenhagen und Christiania begeben; ob er auch dem König von Schweden einen Besuch machen wird, ist noch nicht endgültig bestimmt.

* Bei der Beratung des Nachtragskredits für Marokko im Senat erwiderte Kriegsminister Picquart auf eine an ihn gerichtete Frage, der Truppenbestand in Marokko sei noch und noch auf 13 000 Mann erhöht worden. Der Unterhalt der Truppen einschließlich derjenigen von Ujsda und im Gebiete der Beni Snassen, und die Erneuerung des Materials habe bisher einen Aufwand von ungefähr 16 Millionen erfordert. Marineminister Thomson erklärte, von der Marineverwaltung seien außerdem noch ungefähr vier Millionen verausgabt worden, nicht gerechnet die Reparatur der Schiffe, die noch nicht beendigt sei.

Schweiz.

* Wie aus Bern gemeldet wird, hat die deutsche Reichsregierung wegen der Zweifel und Schwierigkeiten, zu denen der deutsch-schweizerische Niederlassungsvertrag Anlaß gab, eine gänzliche Revision dieses Vertrages vorgeschlagen. Die Verhandlungen über einen neuen Vertrag sollen in einigen Tagen in Bern beginnen.

Italien.

* In Rom sind 149 Mitglieder sämtlicher Eisenbahnverwaltungen zusammengetreten, um über die Einführung internationaler Rundreisehefte zu beraten.

Amerika.

* Die Vorbereitungen fr. die Präsidentenwahl in den Ver. Staaten sind in vollem Gange. Die Demokraten werden wieder ihren Kandidaten Bryan aufstellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219080311-13/fragment/page=0001

während im republikanischen Lager drei Anwärter um die Oberhand ringen: der vom Präsidenten Roosevelt begünstigte jetzige Kriegssekretär Taft, der Sprecher des Repräsentantenhauses Cannon und der Gouverneur des Staates New York, Hughes. Die meisten Aussichten hat der Freund Roosevelts, Taft.

* Der Kongreß der Ver. Staaten beschloß eine Untersuchung über den Ankauf von Unterseebooten infolge der Bevorzugung, der Erbauer habe sich den Kontrakt durch Bestechung gesichert. Der Maschinist Heinrich Eisser wurde verhaftet, welcher fremden Regierungen die Konstruktion eines neuen Torpedos verkaufen wollte. Er hatte sie der deutschen Regierung angeboten, diese verständigte angeblich die amerikanische.

* Der Schiedsgerichtsvertrag zwischen Mexiko und den Ver. Staaten soll demnächst unterzeichnet werden. Mit Freuden ist es im Interesse weitgehendster Friedensbürgschaften zu begrüßen, daß die zuerst auf der Haager Konferenz erörterte Schiedsgerichtsidee immer weitere Kreise für sich gewinnt.

Asien.

* Der Streitfall zwischen China und Japan ist immer noch nicht beigelegt. Der Vizekönig von Kwantung hat beschlossen, das wegen Waffenschmuggels beschlagnahmte japanische Schiff „Tatsu maru" trotz der Befehle von Peking, die Angelegenheit in freundschaftlicher Weise zu regeln, festzuhalten. Der japanische Gesandte in Peking hat erklärt, daß seine Regierung nunmehr nach Ablauf einer letzten kurzen Frist, ernste Maßregeln ergreifen werde.

Von Nah und Fern.

Zum Brande des Hoftheaters in Meiningen, das gänzlich zerstört wurde, wird noch gemeldet: Die ersten Anzeichen des Feuers wurden von einer zufällig nach der am Mittag abgehaltenen Dekorationsprobe die Bühne betretenden Schauspielerin in der Nähe der herzoglichen Loge in der nordöstlichen Ecke des Theaters bemerkt. Es stieg Rauch aus dem Kellergeschoß auf, in dem sich die Zentralheizräume befanden. Es wurde festgestellt, daß der untere Bühnenraum vollständig verqualmt war. Telephonisch wurde die Feuerwehr in Kenntnis gesetzt, um 1/2 Uhr stand jedoch der ganze Bühnenraum bis zum Schnürboden in hellen Flammen. Der eiserne Vorhang konnte der ungeheuren Glut nicht standhalten und senkte sich glühend nach dem Zuschauerraum, der auch bald in Flammen stand. Um 1/3 Uhr schlugen mächtige Feuergarben zum Dache hinaus.

Die erste deutsche Frau im Schulvorstand. Als erste Frau in Deutschland wurde auf Grund des neuen Meininger Volksschulgesetzes Frau Landgerichtsdirektor Bock in Meiningen in den Schulvorstand gewählt.

Direktor Bohn vor dem Untersuchungsrichter. Der flüchtig gewesene Genosse des Bankiers Friedberg, Direktor Bohn, der sich in Berlin dem Gericht gestellt hat, empfindet, wie er sagt, lebhafte Genugtuung über seinen Schritt. Er sei nicht gar so sehr am Ende seiner Mittel gewesen, da er noch von betreuter Seite Unterstützungen zu erwarten hatte. Aber er hoffe, nachweisen zu können, daß seine Schuld nicht allzu groß sei. Da sei es zuerst notwendig, daß ihm die Geschäftsbücher der fallten Firma vorgelegt würden, um hieraus dem Untersuchungsrichter Aufklärungen zu geben. Diesem Wunsche Bohns soll entsprochen werden. Wie er behauptet, sollen die Bücher Friedbergs schon seit Jahren sich in einer grenzenlosen Unordnung befunden haben. Friedberg soll diese Unordnung mit Absicht haben einreißen lassen.

Überraschende Aufklärung von Diebstählen. Einem Gutsbesitzer in Lädingshausen wurde seit mehreren Jahren eine sehr große Anzahl 20—25jähriger Eichen aus seinem prächtigen Forst gestohlen, ohne daß es gelang, den Täter zu ermitteln. Als jetzt bei starkem Nebel 16 Stämme von Dieben abgeholzt waren, führte der Zufall zu der überraschenden Entdeckung, daß ein vermögender und dem Bestohlenen befreundeter Gutsbesitzer mit seiner Frau im Dunkel der Nacht die Forstdiebstähle ausgeführt hatte. Beide sind geständig.

Die Urnenfunde in der Mark. Aus Rauen in der Mark wird dem „Berl. Tagebl." geschrieben: Das Gräberfeld liegt in der Gemarkung des Dorfes Rauen, das durch die Markgrafensteine in den Rauener Bergen bekannt ist. Das Feldstück, in dem die Urnen gefunden worden sind, gehört zum Besitz des Gutes Karlshöhe zwischen Fürstenwalde und Rauen. Noch mehr Interesse dürfte der Urnenfund durch folgende Tatsache erregen: Auch in der Nähe des Dorfes Rauen sind Urnen in der Erde angetroffen worden. Nach Feststellungen der prähistorischen Abteilung des Museums für Völkerkunde in Berlin stammen sie gleichfalls aus der Bronzezeit (1500 bis 500 v. Chr.). Die Urnen enthielten als Beigaben Nadeln und Ringe. Von welchem Volksstamme die Urnen stammen und wo dieser gewohnt hat, konnte das Museum noch nicht feststellen. Jedenfalls wird nun durch den Fund die Annahme wahrscheinlicher, daß die sogenannten Markgrafensteine ein Heiligtum gewesen sind. Die Verehrer waren bestrebt, ihre Toten möglichst nahe dem Heiligtum zu bestatten.

x Aus dem Eisenbahnzuge geworfen. Zwischen den Stationen Isenbüttel und Calberlah der Strecke Hannover—Berlin wurde im Laufe der vergangenen Woche der Ungar Johann Urza auf dem Bahnkörper schwer verletzt aufgefunden und einem Krankenhause in Hannover zugeführt. Nachdem U. jetzt vernehmungsfähig geworden ist, hat sich der rätselhafte Fall aufgeklärt. Der Ungar ist nach seiner Angabe von Amsterdam aus mit mehreren andern Einwanderern zusammen gefahren, die nach dem Passieren der Station Lehrte einen Streit mit ihm anfingen, in dessen Verlauf sie ihn während der Fahrt aus dem Wagen stießen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Eine Familientragödie hat sich in Stendal ereignet. Der von seiner Frau getrennt lebende Fabrikarbeiter Kalaaf lauerte seiner Frau vor ihrer Wohnung auf und gab aus seinem Revolver zwei Schüsse auf sie ab, von denen einer sie in den Unterschenkel, der andre in die Brust traf. Auf die Hilferufe der Frau eilten ihr Vater und ihr Bruder herbei, die von Kalaaf ebenfalls mit Schüssen empfangen wurden, die jedoch nicht trafen. Kalaaf flüchtete in seine Wohnung, wo er eine ganze Flasche Lysol austrank und sich eine Kugel in den Kopf schoß. Die Verletzungen der Frau sind schwer, aber nicht lebensgefährlich. Kalaaf ist gestorben.

x Betrügereien in einer Bahnhofswirtschaft. Größeren Betrügereien seitens seines Dienstpersonals ist der Inhaber der Restauration auf dem Hauptbahnhof in Mainz auf die Spur gekommen. Die Dienstmädchen hatten im Einverständnis mit der Büfettdame halbgeleerte Kognak- usw. Flaschen mit Wasser gefüllt und an die Reisenden verkauft, auch wurden 5 Pfg.-Zigarren in die 10 Pfg.-Zigarrenkisten gelegt und für 10 Pfg. verkauft. Der Überschuß, der sich dadurch in der Kasse ergab, wurde gemeinschaftlich geteilt. Anzeige ist erstattet und Untersuchung eingeleitet.

x Auf der Reise gestohlen? Ein Kaufmann aus Berlin, der am Mittwoch abend mit dem Augsburger Schnellzuge in München eintraf, machte beim Verlassen des Bahnsteigs die Entdeckung, daß ihm die Brieftasche mit 700 Mk. Inhalt fehlte, die er nach seiner Angabe in einer Tasche des Überrocks verwahrt hatte. Während der Fahrt hatte er den Rock im Abteil aufgehängt und beim Verlassen des Wagens nach der Ankunft des Zuges in München über den Arm genommen. Auf erfolgte Anzeige wurde der betreffende Wagen durchsucht, aber nichts gefunden, den gleichen negativen Erfolg hatte die Absuchung des Bahnsteigs. Ob die wertvolle Brieftasche verloren oder gestohlen wurde, ist nicht festzustellen gewesen. Der Reisende setzte bald darauf mit dem Eilzuge die Fahrt nach Berlin fort.

Eine Messerschlacht wegen eines Spieleinsatzes von 20 Pfennigen. In der Nacht nach Aschermittwoch kam es wegen eines Spieleinsatzes von 20 Pfg. in einer Wirtschaft in Hohenfels (Oberpfalz) zu einem Streit, der auf der Straße nach Parsberg fortgesetzt wurde und in eine förmliche Messerschlacht ausartete. Ein 19jähriger Arbeiter wurde totgestochen, ein 30jähriger Bauer und Familienvater liegt im Sterben; der Bürgermeister Zeitner von Raitenbuch wurde schwer verletzt, ebenso noch ein Maurer. Der sogenannte Aschermittwochsbrauch, weswegen der Streit losging, besteht darin, daß jeder der Anwesenden gegen einen Einsatz von 20 Pfg. sich ein Brett auf den Rücken bindet und daß dann von den andern Personen mit einem Hammer darauf herumgeschlagen wird.

x Tragischer Abschluß eines Fastnachtsscherzes. Mit einem grellen Mißton endete in Möhringen in Baden das Fastnachtstreiben. Eine Anzahl junger Leute hatte einen Umzug als Scherenschleiferbande arrangiert und aus einem Fahrrad die Schleifmühle hergestellt. Im Gasthof „Zur Krone" sprang plötzlich der durch die große Überlegung in rasend schnellen Lauf gebrachte Schleifstein auseinander. Während ein Stück in die Decke fuhr, traf ein zweites Stück ein achtjähriges Kind so unglücklich vor die Brust, daß es sofort tot zusammenbrach. Das tolle Treiben wurde sofort eingestellt.

Lawinenkatastrophe in Ungarn. Nach einer Meldung aus Budapest wurden im Dubravatale, im Komitat Liptau, durch eine Lawine zwölf Holzarbeiter verschüttet. Sechs Arbeiter sind tot, vier sind schwerverletzt, zwei leichtverletzt.

COz **Eine Liebestragödie in Englisch-les-Bains** beschäftigt die Gemüter außerordentlich in hohem Maße, da man der Mutter des einen Opfers ein gewisses Verschulden an der Katastrophe zumißt, weil sie der Tochter dauernd Widerstand entgegengesetzt hat, als diese nach ihrem Herzen heiraten wollte. Die Witwe Bourdot, Mutter von 8 Töchtern und 3 Söhnen, besaß in Paris ein Geschäft, in dem ihre 19jährige Tochter Marthe behilflich war. Zwischen Marthe und einem Angestellten der Firma entspann sich bald ein Liebesverhältnis, dem die Mutter entgegen war, und aus dessen Anlaß der junge Mann auch seine Kündigung erhielt. Doch die Liebenden trafen sich auch fernerhin und als die Mutter allen Vorstellungen gegenüber taub blieb, trafen sich die beiden auf dem Friedhof am Grabe des Vaters schwuren sich gegenseitige Treue und Marthe ermächtigte ihren Bräutigam Louis Hergot, daß er sie erschieße, und sich das Leben zu nehmen, wenn er dies vollbracht hätte. An festgesetzten Termin schlich sich Hergot auch hinter der Mutter mit ihrer Tochter her, bestieg auch den Zug nach Englisch-les-Bains, um mit ihnen nach Hause zu fahren. Als gerade die Mutter ihre Tochter am Hauseingang losließ, trat der Bräutigam aus dem Schatten hervor und gab auf Marthe Feuer. Der Schuß ging in das linke Auge und drang in das Gehirn. Dann legte er auch auf sich an, aber die Waffe versagte. Passanten hielten den Attentäter fest und übergaben ihn der Polizei, die in seiner Tasche einen Brief an den Polizeikommissar fand. In dem Briefe bittet der Liebhaber, falls ihm seine Tat mißglücken sollte, nicht als gemeiner Mörder betrachtet zu werden, er hätte im Einverständnis mit seiner Braut gehandelt, was aus allen Briefen, die er zu Hause aufbewahrt habe, zur Genüge hervorgehe. Die Verletzung der Marthe Bourdot ist eine tödliche.

COz **Ein mysteriöser Gefangener.** Bereits seit dem September vorigen Jahres befindet sich in dem Gefängnis von Pontoise ein Gefangener, der bei einem Einbruch abgefaßt wurde und bei dem man einen mit Platzpatronen geladenen Revolver und eine Taschenuhr als einzige Ausweispunkte finden konnte. Er gab an, Marius Durant zu heißen und aus Metz zu stammen, doch waren diese Angaben falsch. Später erklärte er auch, anders zu heißen, um aber seine Frau und Kinder nicht in Unehre zu bringen, wolle er für immer seinen Namen verschweigen. Trotz Veröffentlichung seiner Photographie in fast allen Blättern und trotzdem man sich auch anderseits alle Mühe zur Recherchierung des Gefangenen gab, ist es bis jetzt noch nicht gelungen, seinen wirklichen Namen festzustellen, so daß in den nächsten Wochen gegen ihn als unbestimmten Namens wird verhandelt werden müssen.

Zur Katastrophe auf der Hauptsteadgrube in England. Von den 21 durch das Feuer in der Grube eingeschlossenen Bergleuten hat man noch keine Spur gefunden, trotzdem die Rettungsarbeiten opfermutig fortgesetzt werden. Obwohl man kaum Hoffnung auf die Rettung der Eingeschlossenen hegen kann, feuert der Vorgang bei dem Grubenunglück in Courrières zu unermüdlichen Anstrengungen an. Als eine mit den neuesten Apparaten ausgerüstete Abteilung von vier Mann in den Schacht hinabstieg, wurden drei infolge der Gase bewußtlos. Zwei wurden von dem vierten heldenmütig unter eigener Lebensgefahr gerettet. Der dritte konnte auch von den nachfolgenden Abteilungen nicht wiedergefunden werden und ist zweifellos umgekommen.

Ein gefangener Spion. Im oberen Camonicatale (Italien) wurde der österreichische Leutnant Homolya Istwan verhaftet, während er auf italienischem Gebiete Gelände-Aufnahmen machte. Der Verhaftete wurde nach Brescia gebracht und der Kriegsminister von dem Vorgange benachrichtigt.

Die Brandkatastrophe in der Schule von Cleveland. Das Feuer in der Lakeview-Schule in Cleveland ist wahrscheinlich durch fahrlässige Brandstiftung spielender Kinder entstanden. 180 Kinderleichen sind aufgefunden worden. Die Schmerzensszenen spotten jeder Beschreibung. Die Eltern sahen ihre Kinder in einem acht Fuß hohen Kamin an dem Ausgang verbrennen; sie konnten ihnen die Hände reichen, aber die armen Kleinen nicht herausziehen. Eine Mutter hielt die Hand auf ihrer Tochter Kopf, bis das Kind verschieden und die Hand verbrannt war. — Auch in New York fand ein großer Schulbrand statt, der jedoch glücklich ablief. Bei einem in einer dortigen Schule ausgebrochenen Feuer wurden 2000 Kinder in drei Minuten ohne Aufregung in Sicherheit gebracht.

Gerichtshalle.

§§ **Breslau.** In Oberschlesien besteht ein Polenverein, der bewegt, durch volkstümliche Vorträge und Lichtbilder die Leute zu fesseln. Als Dr. S. in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vereins bei der Polizeibehörde in Genähheit der Oberpräsidialverordnung vom 19. Mai 1891 einen Lichtbildervortrag anmeldete, erteilte zwar die Polizeibehörde die Bescheinung, erklärte aber, sie behalte sich das Recht vor, über die Zulässigkeit der betreffenden Vorträge eine Entscheidung zu treffen und verlangte vorher zur Prüfung die Einreichung der Vorträge und Lichtbilder. Nachdem Dr. S. sich geweigert hatte, der polizeilichen Aufforderung zu entsprechen, erteilt er am 22. April 1907 eine polizeiliche Verfügung des Inhalts, daß er ein Strafverfahren zu gewärtigen habe, wenn er der polizeilichen Aufforderung nicht nachkomme, auch bleibe es dem mit der Überwachung beauftragten Polizeibeamten überlassen, die Vorträge zu verbieten und die Versammlung aufzulösen. Nach fruchtloser Beschwerde erhob Dr. S. Klage gegen den Oberpräsidenten mit dem Antrage, die polizeiliche Verfügung als ungerechtfertigt aufzuheben. Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage als unzutreffend ab, weil aus dem Inhalt des polizeilichen Schreibens unzweideutig hervorgehe, daß die Polizeiverwaltung nicht beabsichtige, die Angelegenheit im Verwaltungsstreitverfahren zum Austrag zu bringen.

Elberfeld. Der Handlanger Wilhelm Börgeler von hier, Vater von sieben Kindern bei einem Wochenverdienst von nur 20 Mk., hatte, um von seinem Arbeitgeber einen Lohnvorschuß zu erhalten, vorzeitig beim Standesamt die Geburt des siebenten Kindes angemeldet, um den Arbeitgeber den Geburtsschein vorlegen zu können. Er wurde deshalb vom Schwurgericht wegen Urkundenfälschung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Kunst und Wissenschaft.

a **Jean Jacques Rousseau,** einer der hervorragendsten französischen Schriftsteller, dessen Ideenwelt in der französischen Republik auch heute noch eine große Rolle spielt, wurde am 28. Juni 1712 zu Genf geboren. Der Goethesche Satz, „daß niemand die ersten Eindrücke seiner Jugend verwinden könne", bewahrheitete sich an diesem vollkommen. Denn die Gewöhnung an

---

Die Dame mit den Rosen.

5] Kriminalroman von G. Quis.

(Fortsetzung.)

Der Aufseher entfernte sich rasch wieder.

Karl hatte neugierig den Brief ergriffen.

Er erkannte an der Adresse die Handschrift einer Unbekannten, von der er schon früher öfter Zuschriften erhalten, welche die innigste Sympathie atmeten, und über deren Person er stets vergeblich nachgegrübelt hatte.

Er öffnete den Brief, las und ward auf das angenehmste überrascht. Der ganze Inhalt war der deutliche Ausfluß der zärtlichsten Teilnahme und des tiefgefühltesten Mitleids. Die Unbekannte erklärte sich von seiner vollkommenen Unschuld überzeugt, suchte in schönen Worten seinen Kummer zu lindern und ihm Trost einzuflößen, indem sie seine Hoffnung bestärkte, daß der Irrtum, dessen Opfer er war, sich bald aufklären müsse. Dieser Brief war wirklicher Balsam auf die blutenden Wunden seines Herzens, und mehr als je ward in ihm die Sehnsucht rege, diese unbekannte, treue Freundin, deren Zuneigung sich auch jetzt im Unglück nicht verleugnete, von Angesicht zu Angesicht sehen und ihr seinen Dank sagen zu können.

Die Anwesenheit eines Gefangenen, welcher der besseren Gesellschaft angehörte, regte eine allgemeine Neugier bei dem Gefängnispersonal an. Das Gitterfenster seiner Zelle war in einer unablässigen Bewegung. Anfangs blickte er hin, und es verdroß ihn, ein Gegenstand der müßigsten Neugier zu sein. Allmählich gewöhnte er sich jedoch an die Zudringlichkeit, und sie vermochte nicht mehr, ihn in seinen Träumereien zu stören.

Einer der Gefängnisbeamten, ein ehrwürdiger Greis, besuchte ihn öfter. Karl besaß einige Menschenkenntnis und erkannte daher die wohlwollenden Züge des Beamten. Er grüßte ihn achtungsvoll und dankte ihm dafür, daß er ihn in seiner Verlassenheit durch seinen Besuch erfreue, um ihm durch freundlichen Zuspruch seine Lage erträglicher zu machen.

Der Inspektor nahm an seinem Lager Platz. „Mein Freund," begann er hierauf, „ich habe Ihren Herrn Vater gekannt, und seitdem ich Ihre Verhaftung erfahren, die lebhafteste Teilnahme für Sie empfunden. Meine Freundschaft soll sich auch auf den Sohn erstrecken. Ich gestehe Ihnen aufrichtig, daß ich Sie für unschuldig halte und den Zusammenhang ahne. Geben Sie eine falsche Großmut auf, und legen Sie, ohne Rücksicht auf delikate Verhältnisse, dem Richter ihre Unschuld dar."

„Mein Herr," antwortete Karl tief bewegt, „ich danke Ihnen von Herzen für das Wohlwollen, das Sie für mich hegen, und sollte auch das richterliche Urteil die Ehre eines Unglücklichen vernichten, so bitte ich Sie dennoch, Ihre Achtung ihm zu bewahren, da er sich bewußt ist, sie zu verdienen. Ich bin unschuldig, ich schwöre es Ihnen bei Ihrem ehrwürdigen weißen Haar, das mich an meinen Vater und meinen unglücklichen Oheim erinnert. Aber der Aufschluß, den ich geben könnte, würde ich allerhöchstens auf dem Gange zum Schafott geben!"

„Möge Gott Ihre Entschlüsse leiten und Ihre Einsicht erleuchten," erwiderte der wohlwollende Beamte.

Karl ergriff seine Hand und drückte sie herzlich. Der Inspektor ging. Von seiner Teilnahme an Karls Schicksal erhielt er noch an demselben Tage dadurch einen sprechenden Beweis, daß ihm eine bessere Zelle angewiesen wurde.

* * *

„Du kommst mit mir," sagte die Tante Cäcilie, nachdem der Rechtsanwalt Schwinger sich aus der Wohnung Liebetrauts entfernt hatte, und zog ihre Nichte Charlotte mit sich fort.

„Bin ich denn eine Verbrecherin, die man hier gefangen hält?" fragte Charlotte entrüstet.

„In gewissem Sinne allerdings, denn nicht alle Schuldigen befinden sich hinter Schloß und Riegel," antwortete jene. „Du bleibst jetzt hier, dein Bruder wird bald erscheinen."

Charlotte verteidigte sich nicht gegen die versteckten Vorwürfe dieser Worte. Erschöpft sank sie auf ein Sofa und verbarg weinend ihr Haupt in den Kissen desselben.

Sie sah ein, daß sie durch das offene Geständnis, zur Zeit des Mordes bei Karl gewesen zu sein, ihn von jedem Verdacht des furchtbaren Verbrechens befreien könnte. Dies rettende Wort beschloß sie zu sprechen und nimmer zu dulden, daß der edle Mann in der Liebe zu ihr seinen Untergang stände. Sie klagte sich selbst als feige an, die weder den Mut der treuen Pflichterfüllung, noch den der liebenden Hingebung besäße. Zwar saß sie voraus, wie tief sie in den Augen der Welt sinken würde, allein sie tröstete sich mit der Hoffnung, in Karls Dankbarkeit und Liebe einen Ersatz zu finden, der jenen Verlust bei weitem aufwöge. Indem sie diesen Gedanken nachging, öffnete sich die Tür. Ihr Bruder trat in Begleitung ihrer Eltern ein.

Die ganze Zusammenkunft hatte zu sehr den Charakter eines Gerichts, das in der Familie über sie gehalten werden sollte, als daß sie, die seit ihrer frühesten Jugend vor ihrer übertrieben strengen Mutter zitterte, nicht eine unwillkürliche Beängstigung empfunden hätte. Eine peinvolle Pause trat ein.

„Liebe Mama," begann Anton zur Geheimrätin gewandt (denn der Geheimrat war, abgesehen von seinen amtlichen Geschäften, gewissermaßen ein Automat, der stumm den Befehlen seiner Frau gehorchte), „ich hatte gestern den Beweis eines Verrates, den ich seit langem ahnte, denn Charlotte hat gestern längere Zeit in der Nacht bei ihrem Liebhaber verweilt. Da Charlotte die verlobte Braut meines Freundes ist, eines hochbeneideten und angesehenen Mannes, dessen Ehre auch die meine ist, so gebietet mir eigentlich meine Freundespflicht, dem Kapitän Horsby auf kürzestem Wege mitzuteilen, daß ihn meine Schwester auf das schmählichste betrogen hat. Aber der Name, den sie trägt, ist der unsrer Familie. Wir wären öffentlich entehrt, wenn sich dieser entsetzliche Skandal an unsern Namen heftete. Das Vergehen muß jedoch gesühnt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219080311-13/fragment/page=0002

das einfach-bürgerliche Hauswesen seines Vaters, eines Uhrmachers, sowie die Einfachheit in seiner Lebensführung im Elternhause, hat er in seinen Schriften nie verleugnet. Im Jahre 1745 kam der 33 jährige, der ein an Verirrungen, Widerwärtigkeiten und Abenteuer reiches Leben hinter sich hatte, nach Paris, um sich eine schriftstellerische Existenz zu gründen. Gelegentlich eines Besuches, den er einem in Vincennes gefangenen Kollegen machen wollte, fiel ihm eine in einer französischen Zeitschrift von der Akademie in Dijon gestellte Preisaufgabe auf. Die Frage lautete, ob die Wiederherstellung der Wissenschaften und Künste zur Veredelung der Sitten beigetragen habe. Als Antwort darauf schrieb Rousseau seinen „Diskurs über die Wissenschaft und Künste". Diese Arbeit machte ihn, da sie von der Akademie preisgekrönt wurde, mit einem Male zu einer Weltberühmtheit. Wissenschaft und Kunst gerieten in Aufruhr, denn der entschlossene Franzose verurteilte in seiner Arbeit im Namen der Religion und im Namen der Moral (ähnlich wie der berühmte russische Schriftsteller Tolstoi) die Wissenschaft und noch mehr die Kunst. „Bevor die Kunst", sagt er, „unsre Gebräuche verändert und unsre Leidenschaft eine gezierte Sprache gelehrt hatte, waren unsre Sitten einfach aber natürlich, und unsre Seelen wurden verdorben in demselben Grade, als unsre Wissenschaft sich vervollkommnete." Rousseau sieht im Luxus eine Folge der Künste und bekämpft ihn daher aufs entschiedenste. Nach seiner Ansicht geht aus dem Luxus Sittenverderbnis notwendigerweise hervor. „Er vernichtet jede Moral, er steigert den Unterschied von reich und arm, und fördert Neid und Eitelkeit." Seiner ersten Arbeit ließ er bald andre folgen. In einem Walde in der Nähe von Paris verfaßte er eine Rede über die Ungleichheit der Lebensbedingungen unter den Menschen. Natur und Unschuld, Armut und Unwissenheit erschienen ihm als besondere Ausflüsse der menschlichen Geistestätigkeit. In diesem Werk sagt er unter anderm: „Der erste, der ein Grundstück abschloß und sagte, das ist mein, und der Leute fand, die ihm glaubten, das ist der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft." Der geistvollste Franzose seiner Zeit äußerte damals in einer Kritik über diese Rede: er habe nicht übel Lust empfunden, wieder auf allen vieren zu kriechen. Noch eine Anzahl andrer Werke hat Rousseau verfaßt, darunter sein berühmtestes: „Emil, Beiträge zur Erziehung." Am 2. Juli 1778 starb dieser seltene Mann, einer der größten Philosophen Frankreichs, wie man sagt durch Selbstmord. Verfolgt bei Lebzeiten, aber auch über alle Maßen geehrt, traf ihn dasselbe Los im Tode. — 1794, kurz vor Ausbruch der großen Revolution, beschloß der Nationalkonvent von Paris, daß Rousseaus Leiche im Pantheon beigesetzt werde. Im Mai 1814 aber wurden seine sterblichen Überreste gleich denen Voltaires aus dem Sarge herausgenommen und außerhalb Paris auf einem freien Felde verscharrt. Die gärende Zeit, der sieben der große Napoleon zum Opfer gefallen war, mußte sich auch an den Toten rächen, die ihr durch geistige Arbeit das Gepräge gegeben hatten.

Aus der Woche.

Berlin, den 6. März 1908.

Im englischen Unterhause ist nun endlich, nach monatelangen Reden und Schreibereien, die Entscheidung über die Abrüstungsfrage gefällt worden. Der Antrag der radikalen Partei, im Hinblick auf die im allgemeinen befriedigende Weltlage, die Kosten für das Heer und besonders für die Marine bedeutend zu verringern, wurde zwar von allen Seiten des Hauses mit großem Jubel aufgenommen, bei der Abstimmung aber doch mit 320 gegen 73 Stimmen verworfen. Die liberale Regierung, deren Leiter, Campbell-Bannerman, immer noch schwer erkrankt ist, hat also auch diesen wichtigen Punkt ihres Programms nicht zur Ausführung bringen können, und die Nachrichten über die Parlamentsverhandlungen lassen erkennen, daß es ihr im Ernst auch gar nicht darum zu tun war, die Rüstungsfrage im Sinne einer Verminderung zu erledigen. Daß bei den Debatten im Unterhause einige höfliche, man kann sogar sagen freundliche Worte über Deutschland gesprochen worden sind, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß England immer mehr bestrebt ist, eine vorherrschende Stellung in der Welt zu erringen. — Das zeigt sich auch bei der Auseinandersetzung über die österreichischen Eisenbahnpläne auf dem Balkan. Die englische Regierung ist unter der geschickten Leitung König Eduards daran gewöhnt worden, bei allen wichtigen, das Völkerkonzert beschäftigenden Fragen eine leitende Stellung einzunehmen, und es kommt ihr daher sehr ungelegen, daß sie in der Frage der Sandschak-Bahn ziemlich ausgeschaltet worden ist. Die beiden Mächte, die gewissermaßen eine Kontrolle über den Balkan ausüben, Österreich und Rußland, haben sich nach einigen heftigen Pressepläänkeleien über die Frage des Bahnbaues, ohne die englische Vermittelung, die ausdrücklich abgelehnt wurde, geeinigt: Österreich baut seine Bahn im Nordwesten bis Mitrowitza, und Rußland, das diesem Eisenbahnbau zustimmt, nimmt eine Eisenbahnlinie vom Norden nach dem Süden (von der Donau bis an das Adriatische Meer) in Angriff. — Es ist klar, daß jetzt unter den Vertretern der Mächte in Konstantinopel wieder einigermaßen Verstimmung herrscht. Man hatte sich in den letzten Jahren daran gewöhnt, alle Fragen, die den Balkan, insbesondere die Türkei betrafen, am Goldenen Horn gemeinsam zu prüfen und hatte es so erreicht, daß man durch die Einmütigkeit der Beschlüsse den Großsultan, wenn auch nach langem Zögern, immer veranlassen konnte, seine Aufmerksamkeit den notwendigen Reformen in den Balkanländern zu widmen. Aber Abd ul Hamid ist durchaus kein ungeschickter Diplomat. Er macht sich die augenblickliche Mißstimmung unter den Mächten zunutze und erklärt rund heraus, daß er, unabhängig von ihren Beschlüssen, das Reformwerk in den Balkanländern und besonders das wichtigere Reformwerk in Mazedonien selber vornehmen will. Es läßt sich dagegen wenig einwenden und gerade die Unzufriedenheit, den Sultan zur Anerkennung der Reformvorschläge der Mächte zu zwingen, vergrößert die Mißstimmung unter den Diplomaten in Konstantinopel. Jedenfalls ist die Balkanfrage, an deren Lösung man seit Jahren arbeitet, der man aber jede Gewaltsamkeit fernzuhalten wünscht, in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt. — Die Reichsduma in Petersburg hat sich nach langem Weigern mit dem Gedanken befreunden müssen, 2 bis 2½ Milliarden für die Wiederherstellung der Flotte und für die Vergrößerung des Heeres zu bewilligen. Der Zar hat über drei Viertel der Volksvertreter in seinem Palast empfangen und wenn man auch nicht sagen kann, daß damit eine endgültige Aussöhnung zwischen Fürst und Volk stattgefunden hätte, so ist dort bei der Tafel doch im großen und ganzen der Rahmen festgelegt worden, in dem sich die Wiederherstellung der militärischen Macht Rußlands bewegen soll. Erfreulicherweise hat die Regierung aber auch den Volksvertretern ein Zugeständnis gemacht, indem sie eine Gesetzesvorlage in der Duma einbrachte, wonach acht Millionen Rubel für Verpflegungszwecke in den Hungergebieten gefordert werden. Die drohende Krise kann damit als überwunden gelten. — Das marokkanische Abenteuer, von dem der französische Ministerpräsident Clemenceau vor einigen Monaten behauptet hatte, dasselbe werde sich sehr glatt abwickeln, fängt nachgerade an, der Regierung in Paris ernste Sorgen zu bereiten. Schritt vor Schritt sind die Truppen Frankreichs in das Scherifenreich eingedrungen und haben (entgegen der Abmachung von Algeciras) sich auch in die marokkanischen Thronstreitigkeiten gemischt. Da der neue Sultan Muley Hafid bei seiner Thronbesteigung bei dem Koran geschworen hatte, die Antastung marokkanischen Bodens durch die Franzosen nicht zu dulden, hat sich eine beträchtliche Gesandtschaft gesichert, die den Franzosen in mehreren Gefechten empfindliche Schlappen beigebracht hat. Die Folge davon ist, daß man in Frankreich eine bedeutende Truppenverstärkung beschloß. Um der Form zu genügen, wurden die Mächte von diesem Schritt Frankreichs verständigt. Wird aber eine Regierung glauben, daß ein so ungeheures Truppenaufgebot notwendig sei, um die von den Mächten gewünschte Polizei in Marokko einzuführen? — Neben der Balkan- und Marokkofrage ist hinter den Kulissen des Welttheaters noch ein Ereignis in Vorbereitung, das schon jetzt seine Schatten vorauswirft. In Ostasien hat sich zwischen der japanischen und chinesischen Regierung ein stummer, aber heftiger Wettstreit um die Vormachtstellung entsponnen und die chinesische Diplomatie versucht nun angeblich für ihre Zwecke die Regierung der Ver. Staaten zu gewinnen. Der neue Botschafter in Washington, Herr Wu-ting-fang, hat zwar öffentlich abgeleugnet, daß er den geheimen Auftrag habe, den Ver. Staaten völlige Handelsfreiheit zuzusichern, wenn sie China als Vormacht in Asien anerkennen wollen, aber der ganzen Sachlage nach scheint es glaubhaft, daß China in der Tat solches Bestreben hat. Vorläufig ist es ja noch nicht in der Lage, seine diplomatischen Schachzüge durch militärische Drohungen zu unterstützen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß im Hinblick auf das gespannte Verhältnis zu Japan die Ver. Staaten sich in engere Beziehungen mit China einlassen. Das würde die politische Lage im fernen Osten mit einem Schlage von Grund aus verändern und das Gespenst der gelben Gefahr, das von vielen Politikern immer wieder heraufbeschworen wird, würde damit endgültig verschwinden. Die Frage ist nur, ob Japan es so weit kommen lassen wird.

M. A. D.

Zum Besuch der franz. Mission zur Grenzregulierung für Kamerun in Berlin.

Kommandant Moll. Mr. Duchêne.

Schon vor längerer Zeit war eine Kommission ernannt worden, welche die Grenzverhältnisse zwischen der deutschen Kolonie Kamerun und Französisch-Kongo regulieren sollte. Die langwierigen Arbeiter — es handelte sich um eine Grenz-Regulierung von 2400 Kilometer — gehieben vor einigen Wochen so weit, daß zur endgültigen Festsetzung der Grenze und Abfassung des Grenzvertrages eine französische Sondergesandtschaft nach Berlin beordert werden konnte. Diese Gesandtschaft besteht aus dem Abteilungsvorsteher Duchêne aus dem französischen Kolonialministerium und dem Kommandanten Moll. Zu unserm Reichskolonialamte führt Unterstaatssekretär v. Lindequist die Verhandlungen, die sich wahrscheinlich einige Wochen hinziehen werden.

Gemeinnütziges.

∞ **Ein gut gelungener Tilsiter Käse** muß ein tadelloses Äußeres zeigen. Er muß frei sein von Rissen und Sprüngen, eine rötlichbraune, mit etwas Schmiere bedeckte Rinde haben. An Gestalt sei der Käse weder zu hoch noch zu flach (9—10 Zentimeter in der Höhe, 23 bis 26 Zentimeter im Durchmesser, im Griff elastisch, nicht zu weich und nicht zu hart, gut in der Lochung); das Innere soll viele unregelmäßig geformte, größere und kleinere Öffnungen (nach Art der Bruchlöcher) aufweisen, in denen eine Spur Lake enthalten sein darf; jedenfalls muß Tilsiter saftig, nicht zu trocken sein. Von stark entrahmter Milch gibt es keinen saftigen Käse. Der Teig sei griffig und zart, ja nicht kurz, bröckig und krümelig. Der Geschmack muß mild-pikant sein, nicht beißend scharf nun.

∞ **Der reine Naturhonig** enthält gerade diejenigen Stoffe, die am schnellsten und leichtesten die Verdauung befördern; es empfiehlt sich daher, ihn mit solchen Speisen zu genießen, die weniger leicht verdaulich sind.

⊙ **Waschchtwässer**, die durch vielen Gebrauch hart und schmierig geworden sind, reinigt man am besten mit sehr verdünnter Salzsäure.

Buntes Allerlei.

✶ **Die richtige Badezeit.** Viele halten es für gut, gleich nach dem Aufstehen zu baden. Andre behaupten, die beste Zeit wäre abends. In Wahrheit muß jeder Mensch diese Frage für sich allein, seinem körperlichen Zustand gemäß, beantworten. Ein kaltes Bad frühmorgens ist nur denen heilsam, die genügende Reaktionskraft und ein gesundes Nervensystem besitzen. Fühlt man sich nach dem Bade sehr erfrischt, aber nach zwei oder drei Stunden müde und schlaff, so ist dies ein Zeichen, daß das kalte Baden schädlich ist, und die Gewohnheit sollte eingestellt werden. Vollblütigen und dicken Menschen von langsamem, phlegmatischem Temperament und unverwüstlicher Nervenkraft sind Morgenbäder sehr zu empfehlen. Solche, die zur Magerkeit neigen, deren Hände und Füße bei geringster Gelegenheit kalt und feucht werden und die ihr Essen schwer verdauen, die nervös sind und sich geistig plagen, sollten Bäder am frühen Morgen meiden. Ein Bad am Nachmittag oder vor dem Schlafengehen würde hier heilsamer wirken. Andre Personen verspüren nach einem kalten Bade sofort eine wohltätige Reaktion, aber sie verlieren bei der Nachwirkung mehr, als sie beim Bade gewinnen. Diese sollten nicht zu oft baden und stets lauwarmes Wasser gebrauchen. Es ist dann am ratsamsten, es vor dem Schlafengehen zu tun. Auf jeden Fall sollte der Körper gehörig frottiert werden, bis die Haut ordentlich warm wird.

* * *

△ **Ein Todesfall.** Feldwebel: „Wer ist denn zu Hause gestorben, daß du wegen Todesfalls um Nachurlaub depeschierst?" — Rekrut: „Wir haben ein Schwein geschlachtet, Herr Feldwebel!"

Sie hat den Frieden unsres Hauses zerstört, sie soll ihn wieder aufbauen. Die schuldige Braut soll sich in eine untertänige, treue und ergebene Gattin verwandeln, sie soll lernen, was sie tun muß, damit ihre strafbare Handlung vergessen werde. Überlasse mir die Art der Bestrafung. Ich bitte nur, daß Tante Cäcilie mir zur Seite stehen möge. Übernimmt sie das Amt einer gerechten Richterin, so werde ich weiter keinen Schritt tun, und das Vergehen soll vergessen werden."

„Verfahre nach deinem Ermessen," sagte die Geheimrätin kalt.

Das alte Fräulein drang tiefer in den Gedanken des beleidigten Bruders und Freundes ein. Sie erkannte, welche Art der Bestrafung er für Charlotte bestimmt hatte und antwortete: „Es soll reiflichst geschehen."

„Charlotte," fuhr die Geheimrätin, sich erhebend, fort, „du bist mein Kind nicht mehr. Bis zu dem Tage, an dem mein Bruder deine Reue erkennt, verbiete ich dir, vor meinen Augen zu erscheinen."

„Mutter," erwiderte das junge Mädchen, „man beschuldigt mich ungerecht. Denn wenn ich auch einem andern Manne mein Herz geschenkt habe, so sind doch mein Gewissen und meine Ehre rein geblieben."

Die Geheimrätin kehrte ihrer Tochter den Rücken. Für ihren strengen Sinn war Charlotte eine Schuldige, die die Ehre der Familie befleckt hatte.

„Was du tun wirst, ist gut getan," wandte sich die Mutter an Anton. „Den Verirrungen dieser Leichtsinnigen muß ein Ziel gesetzt werden. Aus Gewissensbissen wird die Reue hervorgehen. Schwester, nimm den Auftrag an, mit dem Anton dich betraut. Er ist deiner Tugend, deines Eifers und deiner Ergebenheit für die Familie würdig."

„Ich nehme ihn an," erwiderte Cäcilie und näherte sich ihrem Neffen.

„Charlotte!" rief letzterer, und rüttelte unsanft seine unglückliche Schwester, die sich zu einer Verteidigungsrede erhoben hatte: „Schweig! Kein Wort mehr. Du hast nur meinen Befehlen zu gehorchen!"

Und indem er sie am Arme ergriff, führte er sie in ihr Zimmer, begleitet von der Tante Cäcilie. — — —

Am Abend dieses Tages suchte Anton seine Schwester nochmals auf.

„Charlotte," sagte er kalt, „ich weiß seit einer Stunde den Namen deines unbekannten Liebhabers! Sein Name ist gebrandmarkt! Ich gebenke unsrer Familienehre und diese liegt mir Schweigen auf. Sie fordert aber auch den unwiderruflichen Entschluß, den ich gefaßt habe und dem du dich unterwerfen wirst."

„Was hast du mit ihm vor?" fragte Charlotte angstvoll.

„Während du dich in der Wohnung des Dr. Hallmann aufhielteft, wurde sein Oheim ermordet. Ich will nun, daß dein Liebhaber angeklagt bleibe, und daß das Gewicht der Anklage nicht von ihm genommen werde. Das Verbrechen soll nicht unbestraft sein. Um Genugtuung von denen zu erlangen, die die Ehre einer Familie untergraben, muß man ihnen entweder die Brust im Duell bieten, oder sie vor den Richter führen. In diesem Falle sei Gott allein mein Rächer. Ein Alibi soll ihm durch dich nicht geliefert werden. Du wirst schweigen."

„Nimmermehr!"

„Du wirst schweigen, weil du weder Zeit noch Gelegenheit haben sollst, um die Personen aufzuklären, die in dieser Sache zu entscheiden haben. Du wirst schweigen, weil ich es befehle. Man enthauptet den Mörder, der einen vielleicht lebensSatten Mann des Daseins beraubt. Den Elenden, der ein Schloß erbrochen hat, um zu stehlen, schickt man ins Zuchthaus. Und du glaubst, dieser Frevel, der den Frieden und die Ehre einer rechtschaffenen Adelsfamilie vernichtet, werde ungesühnt vorübergehen? Das Schicksal habe seinen Lauf!"

„Du bist ein arglistiger Mann," unterbrach ihn Charlotte, „doch glaube nicht, mich, um welchen Preis es auch sei, zu bestimmen, daß ich das Verderben desjenigen herbeiführe, der mir teuer war, und den sein Unglück, dessen Ursache ich bin, meiner Erinnerung um so wertvoller macht. Ich ermesse jedoch den Abgrund, in den ich gestürzt bin. Die Verzweiflung in meinem Herzen kann nicht größer werden. Ich werde den niemals wiedersehen, den du den Genossen meines Verbrechens nennst, aber ich werde ihn nicht zugrunde richten. Glaube und hoffe das nimmermehr."

„Deine Eltern verleugnen dich bereits. Was tust du, wenn ich dich verlasse? Und hast du auch bedacht, wenn er nun wirklich der Mörder wäre, was doch immerhin möglich ist? Vielleicht hat er von seinem Onkel bringend oder mehr Geld verlangt, als dieser ihm geben wollte! Vielleicht brauchte er plötzlich für irgend welche Zwecke eine größere Summe, die ihm der Onkel verweigerte. So wurde er im Zorn zum Totschläger und Räuber! Verstehst du, Charlotte?"

Charlottes Augen drohten bei diesen Worten des Bruders, die sich wie giftige Viele in ihren Busen senkten, fast aus ihren Höhlen zu springen.

„Du hast gesehnt, Charlotte," fuhr Anton milder fort, „und deine Strafe soll darin bestehen, daß du ihm nicht zu helfen vermagst. Du bleibst hier, während man ihn verurteilt. Er wird vielleicht auf einige Jahre ins Zuchthaus wandern, und hat er seine Strafe abgebüßt, kehrt er in die Gesellschaft wieder zurück, so steht es dir frei, ihm zu folgen, wohin du willst."

„Ihm folgen, nachdem ich ihn verraten habe?"

„Liebt er dich, so wird er eher sein Leben, als deine Ehre preisgeben."

Ohne weiter seiner Schwester Rede zu stehen, ging Anton und ließ sie allein.

Am andern Morgen hatte Charlotte ein heftiges Fieber ergriffen. Die Krankheit nahm bald einen gefährlichen Charakter an.

Länger als drei Monate blieb sie in ihrem Gemach, von ihrem Bruder und ihrer Tante bewacht, die keine Nachricht von außen zu ihr dringen ließen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219080311-13/fragment/page=0003

Vermischtes.

Nebra, 10. März. Gestern nachmittag wurde der 24jährige Arbeiter Karl Schütze, Sohn des kürzlich verstorbenen Briefträgers Schütze, in der Kammer seiner Wohnung erhängt aufgefunden.

† **Nebra,** 10. März. Unsere freiwillige Feuerwehr feierte am Sonntag in dem festlich geschmückten Ratskellersaale ihr 32. Stiftungsfest unter großer Teilnahme der Bürgerschaft. Einen Beweis, welcher Beliebtheit und Achtung sich das Korps in unserer Stadt erfreut, ersah man daraus, daß der Saal nicht alle fassen konnte, und leider viele wieder vor der Saaltür umkehren mußten, obgleich gegen 350 Personen, wenn auch teilweise auf Bänken, Platz gefunden hatten. Es ist bekannt, daß das Kommando es sich seit Jahren angelegen sein läßt, das einzige Vergnügen, welches im Jahre veranstaltet wird, zu einem wirklichen genußreichen und für Reich und Arm erbaulichen Festtag zu gestalten. Hierin dürfte sich denn auch wohl diesmal niemand getäuscht haben, denn die von unserer Stadtkapelle dargebotenen Konzertpiecen und von bekannten hiesigen Damen und Herren abwechselnd vorgetragenen, in allen Teilen gelungenen und mit viel Fleiß einstudierten Vorträgen dürften den Besuchern noch lange in Erinnerung bleiben. Den einzelnen Vorträgen blieb der Dank und die Anerkennung durch den jedesmaligen Applaus nicht aus. Gegen 11 Uhr hatte das Konzert sein Ende erreicht und trat nunmehr die Wehr zum Appell auf der Bühne an. Es erhielten die Herren Ed. Krämer, A. Kropf und W. Meinecke für 15jährige, G. Bechler und G. Hohmann für 10jährige Dienstzeit die üblichen Dienstlitzen. Hierbei gedachte der Vorsitzende auch der älteren Kameraden und den Mitbegründern der Wehr, welche noch als Mitglieder ein leuchtendes Beispiel der Ausdauer und Opferwilligkeit ihrer Betätigung der freiwilligen Pflicht der Nächstenliebe geben und schloß mit einem Hoch auf die Jubilare und die älteren Mitglieder mit dem Wunsche daß es allen jüngeren Kameraden vergönnt sein möge, diesem Beispiel zu folgen. Zur Aufnahme hatten sich 3 neue Mitglieder gemeldet. Herr Bürgermeister Strauch dankte der Wehr für ihre bisher bewiesene Tätigkeit und brachte in lakonischen Worten zum Ausdruck, daß die Schlagfertigkeit der Wehr und das ruhige Vorgehen wohl am deutlichsten dadurch bewiesen sei, daß sie es fertig gebracht habe, die große Stadtmühle niederbrennen zu lassen, ohne daß die meisten Bewohner der Stadt, ja selbst nicht einmal viele der nächsten Anwohner davon im Schlafe gestört worden seien. Der Vorsitzende dankte dem Magistrat und der Bürgerschaft für ihre zahlreiche Beteiligung am Feste, worin er den Dank der Bürgerschaft erblicke, und schloß mit einem Hoch auf die Stadt Nebra. Der nun beginnende Ball vereinte eine aus 90—100 fleißigen Tanzpaaren bestehende fröhliche Festgesellschaft bis zum Morgengrauen. Wünschenswert wäre es, wenn sich die Wehr entschlösse, ihr Vergnügen künftig doch in einem größeren Saale abzuhalten, deren wir doch zwei in hiesiger Stadt besitzen, oder die Stadt einen Erweiterungsbau des Ratskellersaales in Aussicht nähme. Selbst für die Stadtkapelle mag es keine beneidenswerte Aufgabe gewesen sein, oben unter dem Dach ihre anstrengende Arbeit zu verrichten.

Frühere Schulentlassung. Die königliche Regierung zu Merseburg hat die Kreisschulinspektoren ermächtigt, auch in diesem Jahre überall da, wo die Konfirmation der zur Schulentlassung gelangenden Kinder am 29. März oder früher stattfindet und wirtschaftliche Gründe die Entlassung aus der Schule zum 31. März erwünscht machen, diese auf Antrag der Eltern bezw. Pfleger zu dem genannten Zeitpunkte zu gewähren.

Carsdorf, 5. März. (Landwirtschaftlicher Verein Steigra.) Der Saatmarkt war mit verkäuflichen Produkten sehr schwach beschickt, namentlich fehlte es an Kartoffeln. Bei dem guten Zweck der Sache wäre eine regere Beteiligung wohl zu wünschen gewesen. Eine größere Zahl landw. Maschinen von verschiedenen Firmen waren wiederum ausgestellt. Die Vereinsversammlung wurde vom Vorsitzenden Herrn Baron von Helldorff-St. Ulrich, der sichtlich erfreut war über die außerordentlich große Zahl der Erschienenen, gegen 3 Uhr eröffnet. Zunächst wurden die Namen derer, die sich als neue Mitglieder gemeldet hatten, bekannt gegeben und mitgeteilt. Die sich hieran anschließende Rechnungslegegung ergab eine Einnahme von 7912,07 Mk. und eine Ausgabe von 6311,62 Mk. und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Es wurde nun ein An-Schreiben der Landwirtschaftskammer zur Bekämpfung der Rindertuberkulose verlesen und die Impfung der jungen Schweine und Kälber mit Serum von Ganzer zur Verhütung von Krankheiten aufs wärmste empfohlen. Nachdem alsdann Herr Zecher-Halle noch einmal in lichtvoller Darlegung die Vorteile einer Pferdeversicherung für die Interessenten klar gelegt hatte, wurde ein derartiger Verein gegründet; 14 Anwesende, die 215 Pferde zeichneten, bilden den Grundstock desselben. Als Vorstand wurde der derzeitige des Vereins gewählt. Nunmehr erhielt Herr Dr. Bornemann-Berlin zu seinem angekündigten Vortrage über: „Viehlose und viehstarke Wirtschaften" das Wort. Der Herr Referent gibt seinem Thema eine etwas modifizierte Gestalt in nachstehender Form. Der Nutzen viehloser Wirtschaften für die Landwirtschaft. In seinen einleitenden Ausführungen beschäftigt sich der Herr Vortragende mit den Vorurteilen gegen viehlose Wirtschaften und bekämpft dieselben. Den Ausschlag in der Sache gibt die exzielte Rentabilität bei dem einen oder den anderen Verfahren. Auch für die Landwirtschaft gibt es keine fest umschriebenen Schablonen, viel mehr soll jeder einzelne landwirtschaftliche Betrieb ein völlig eigenartiges Kunstwerk sein. Eine Lehre, die besonders zurückzuführen ist auf die Autorität eines gewissen Geheimrats Werner, ist den Landwirten nicht genug zur Nachachtung ans Herz zu legen, darin gipfelnd: Man muß den Boden daher gebrauchen wozu er geboren ist, Ackerland zu Ackerland, Wiese zu Wiese, Weide zu Weide. In Deutschland gibt es weit ausgedehnte Flächen, wo kein Ackerpflug mehr zu sehen ist, vielmehr nur Viehzucht betrieben wird, wie in Ostfriesland, in Baden und anderwärts. Viehlose Wirtschaften lassen sich selbstverständlich am bequemsten in der Nähe von größeren Städten einrichten, wo sich mit Leichtigkeit Fäkalien an Stelle des Stalldüngers beschaffen lassen; aber auch dort, wo keine derartigen Verhältnisse vorliegen. Ihre Einführung ist aber angezeigt durch die mißlichen Arbeitsverhältnisse in ländlichen Lebenskreisen und das Herabsinken der Wirtschaftskosten auf mehr als die Hälfte. Die Einwürfe und Bedenken gegen die viehlose Bewirtschaftung der Aecker erweisen sich als nicht stichhaltig. Man hat behauptet, diese Methode müsse notgedrungen zur Entartung des Bodens führen, sei mit Raubbau zu identifizieren und lasse sich demnach auf die Dauer nicht durchführen. Das ist aber nicht der Fall. Durch stetige Tiefkultur und durch Einführung namentlich von Kalkpräparaten in den Boden. Das Ackerland wird vor Verhärtung und Sprödigkeit geschützt. Erwiesenermaßen haben sich viehlose Wirtschaften als solche schon mehr als zwei Jahrzehnte hindurch bewährt und steigende Erträge aufzuweisen. Ratsam ist es, erstklassigen Boden recht ausgiebig mit Stalldünger zu versehen, um Bollernten zu erhalten, dagegen minderwertige Plansstücke nur viehlos zu bewirtschaften. Die letzteren Betriebe sind in zwei große Gruppen zu teilen, erstens in solche, die dem Boden natürlicher Dünger zuführen in Gestalt von Fäkalien, kompostiertem Stroh und anderen Wirtschaftsabfällen und durch Berieselung der Aecker mit Kloakestoffen, zweitens in solche, die auf jeden natürlichen Dünger zunächst verzichten, wie diejenigen, die ausschließlich über schweren Alluvial- oder Niederungsboden an den Flußufern verfügen. Rückhaltslos erkennt endlich der Herr Referent am Schlusse seines Vortrags an, daß auf dem Gebiete der Agrikulturchemie noch Vieles der ersehnten Aufklärung harre; jedenfalls ist die erforderliche Humuskruste für reichliche Bodenerträge auch ohne Anwendung von Stalldünger wohl zu erreichen. Als entschiedenen Gegner der viehlosen Wirtschaften erweist sich in der an das Referat sich anschließenden Debatte Herr Rittergutsbesitzer Laur, das Wort redet ihnen Herr Amtmann Jacob, eine vermittelnde Stellung nimmt Herr Gutsbesitzer Schurig ein. Auch der Herr Vorsitzende empfiehlt in der in Rede stehenden Angelegenheit die goldene Mittelstraße. Auch Herr Stadtgutsbesitzer Oertel ist einer viehlosen Ackerwirtschaft nicht abhold, bedauert aber wegen vorgerückter Zeit seinen Standpunkt in der Sache nicht präzisieren zu können. Es erfolgt nunmehr der Schluß der Versammlung seitens des Herrn Vorsitzenden.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 11. März, Abends 1/2 8 Uhr
2. Passionsgottesdienst.

Es predigt Herr Diakonus Beifert.

Beim Ausgang werden Gaben für die Beleuchtung der Kirche gesammelt.

Sparkasse der Stadt Nebra.

Rechnungsabschluß am 31. Dezember 1907.

Einlagen am Ende des Rechnungsvorjahres	982 535	Mk.	29 Pf.
Zugang während des Rechnungsjahres 1907			
a, durch Zuschreibung von Zinsen	29 264	„	87 „
b, durch Neueinlagen	266 260	„	71 „
zusammen	1 278 060	Mk.	87 Pf.
Abgang:			
Zurückgezahlte Einlagen im Rechnungsjahr	260 896	Mk.	53 Pf.
Einlagenbestand Ende 1907	1 017 164	Mk.	34 Pf.
Betrag des Reservefonds am Schlusse des Rechnungsjahres	69 502	„	24 „
Von den Beständen der Sparkasse sind zinsbar angelegt	1 060 383	„	22 „
und zwar:			
in Hypotheken	792 908	„	— „
in Inhaberpapieren zum Kurswerte	215 778	„	— „
auf Schuldscheine mit Bürgschaft	7 519	„	— „
auf Schuldscheine gegen Faustpfand	2 549	„	— „
auf Schuldscheine von Gemeinden	39 937	„	82 „
Guthaben bei der Staatsbank	1 691	„	40 „

An Zinsen zahlt die Sparkasse 3 1/2 %.

Der nach § 6 des Status gefertigte Auszug liegt zur Einsicht der Sparer aus.

Nebra, den 5. März 1908. **Haft,** Rendant. **Nehrkorn,** Kontrolleur.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von **Nebra** und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage ein

Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft

eröffnet habe und bitte mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Konfirmanden-Anzüge und **Arbeitersachen**

in allen Preislagen.

Anfertigung von Anzügen nach Maß vom einfachsten bis zum elegantesten.

Hochachtungsvoll

Franz Horlbeck, Schneidermeister.

Geräucherte Rotwurst, à Pfd. 70 Pfg., empfiehlt **H. Ethner.**

Neue Kartoffeln und frischen Neapolitaner Blumenkohl empfiehlt **Waldemar Kabisch.**

Aangen, Aal und Hering in Gelee, Anchovis, Bratheringe, Sardinen, Senf- und Bismarkheringe empfiehlt **Waldemar Kabisch.**

Blutapfelsinen, Datteln, Feigen, sowie feinstes Mischobst empfiehlt **Waldemar Kabisch.**

Himbeer-Marmelade u. Gelee empfiehlt billigst **Waldemar Kabisch.**

In meinem Hause am Obertor ist eine **Wohnung** mit Zubehör zu vermieten und 1. Juli zu beziehen.

Frau Wwe. **Weise,** wohnhaft bei **Robert Wauer.**

Tanzunterricht.

Geehrten Interessenten von **Nebra** und Umgegend zur gefl. Mitteilung, daß ich **Mittwoch, den 11. März, abends 1/2 8 Uhr, im Gasthof zum Preußischen Hof** einen **Tanz- und Anstandslehrkursus** eröffne. Gefällige Anmeldungen im Unterrichtslokal bei Herrn **Maertens.**

Hochachtend **W. Lösche,** Tanzlehrer.

Holzversteigerung.

Montag, den 16. März d. Js., von vormittags 10 1/2 Uhr ab, kommen im **Zingster Forstrevier** folgende

Nutz- und Brennhölzer

zum Verkauf:

Nutzhölzer: 25 Birken 4—9 m lang, 19—40 cm Dm.; 19 Birkenstangen; 8 Linden 5—8 m lang, 24—53 cm Dm.; 2 Eichen 6—7 m lang, 28—52 cm Dm.; 4 Weißbuchen 4—6 m lang, 27—36 cm Dm.; 1003 Fichtenstangen Klasse III—VI; 1400 Bohnenstangen.

Brennhölzer: Ca. 36 rm Scheit und Knüppel, 160 rm Abraumwellen.

Sammelpunkt am Holzschlage.

Zingst bei Nebra, den 9. März 1908.

Die Rittergutsverwaltung.

Geschäfts-Eröffnung.

Meiner werten Kundschaft, sowie Freunden und Gönnern von **Nebra** und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich zum 15. März im Hause der Frau **Kloss, Wasserweg Nr. 90,** ein

Schuhwaren-Lager

eröffne. Ich werde bemüht sein, den Ansprüchen nach jeder Richtung hin Rechnung zu tragen und bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens.

Arbeiten nach Maß, sowie Reparaturen werden gut und sauber ausgeführt.

Hochachtungsvoll

Heinrich Lorenz.

Meine Wohnung befindet sich schon jetzt im Hause der Frau **Kloss.**

Landwirtschaftlicher Verein Steigra.

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 5. März cr. ist ein

Pferde-Versicherungs-Verein

auf Gegenseitigkeit

für den Bezirk des landwirtschaftlichen Vereins Steigra

gegründet worden.

Wir ersuchen unsere Mitglieder recht umfangreiche Anmeldungen **an das Bureau in Zingst b. Nebra** möglichst bald einsenden zu wollen. In aller nächster Zeit wird eine Versammlung anberaumt, in welcher die näheren Maßnahmen beschlossen werden.

Der Vorstand des Pferde-Versicherungs-Vereins.

von Helldorff. Schurig. Voigt.

Feinsten Emmenthaler und Limburger Käse empfiehlt **Waldemar Kabisch.**

Zwei junge Fräuleins, welche die feine und bürgerliche Küche erlernen wollen, können näheres erfragen bei Stadtkoch **Wild, Naumburg,** Kleine Fischgasse Nr. 1.

Schuhmachergesellen, jüngeren, stellt sofort ein **Heinr. Lorenz.**

Suche zum 1. April einen verheirateten **Mann,** welcher mit Pferden umgehen kann. **Hellmuth.**

Paketadressen zum Aufkleben, gummiert, sind zu haben in der Buchdruckerei des „Nebraer Anzeiger".

Alle irgendwo und von wem angebotenen Bücher Werke, Broschüren, Musikalien usw. besorgt

Karl Stiebitz.

Schützenhaus Nebra.

Die **Paul und Meysel-Sänger** kommen!

Die originellste Gesellschaft Leipzigs.

Dienstag, den 17. März, abends 8 Uhr.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219080311-13/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Abonnementspreis** vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen: Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatanzeigen 10 Pfg. Reklamen pro Zeile 15 Pfg. **Inserate** werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 21. | Nebra, Mittwoch, den 11. März 1908. | 21. Jahrgang.

Englische Hetzer.

Einige Wochen haben wir vor den Angriffen der englischen Presse verhältnismäßig Ruhe gehabt und vor wenigen Tagen klang aus dem Parlament am Themsestrand sogar manches freundliche Wort zu uns. Auch die Mißtrauischen konnten sich an den Glauben gewöhnen, die Brücke des Verständnisses sei von Volk zu Volk geschlagen. Aber die ‚Times‘, das Hetzblatt, dessen deutschfeindliche Art schon die verstorbene englische Königin Viktoria ernsthaft gerügt hat, lassen keine Eintracht aufkommen, wünschen keine.

Die ‚Times‘ veröffentlichen unter der Überschrift: „Unter welchem König?“ folgenden Brief ihres militärischen Mitarbeiters: „Ich halte es für meine Pflicht, Sie zu ersuchen, die Aufmerksamkeit des Publikums auf eine Angelegenheit von ernster Wichtigkeit zu lenken. Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß Seine Majestät der deutsche Kaiser kürzlich einen Brief an Lord Tweedmouth (den Ersten Lord der Admiralität) über die englische und deutsche Flottenpolitik gerichtet hat, und es wird versichert, daß dieser Brief einem Versuche gleichkommt, den für unser Flottenbudget verantwortlichen Minister im deutschen Interesse zu beeinflussen. Unter diesen Umständen, und da die Sache bei der Anzahl von Personen, denen sie höchst unkluger- und unglücklicherweise mitgeteilt wurde, zum offenen Geheimnis geworden ist, erlaube ich mir darauf zu dringen, daß der beregte Brief zusammen mit der Erwiderung ohne Verzug dem Parlament vorgelegt werde.“

Das Blatt schreibt nun darüber einen Leitartikel, der wieder einmal zeigt, daß ihm jedes Mittel recht ist, um Deutschlands Politik zu verdächtigen. „Niemand könne glauben, daß der Kaiser den Brief zu irgend einem andern Zweck als im deutschen Interesse geschrieben habe. Falls der Ehrenrang eines Admirals der britischen Flotte einen ausländischen Potentaten zur Einmischung in die inneren englischen Angelegenheiten durch geheimen Appell an den Chef eines Departements, von welchem die nationale Sicherheit abhängt, berechtigen sollte, so wäre die Abschaffung solcher dynastischen Höflichkeitsbezeigungen eine dringende Notwendigkeit.

Falls der deutsche Kaiser England etwas über ein billiges Einverständnis über Rüstungen zu sagen habe, so besitze er amtliche Wege hierzu; keinerlei Privatbeziehungen, die er huldvoll zu Personen der englischen Regierung unterhalten möge, könnten die Abweichung vom regelrechten Verfahren und die Zuhilfenahme von privatem Einfluß entschuldigen, dem einige Männer zugänglich wären, wenn er von hoher Seite komme. England sei jetzt berechtigt, die Veröffentlichung des Briefes und der Erwiderung zu verlangen. Es gebe keine Diskretion in solchen Sachen. Lord Tweedmouth sei ein öffentlicher Beamter, er sei als öffentlicher Beamter angegangen worden, und zwar nur, weil er öffentlicher Beamter sei, und er sei betreffs der Leitung eines vitalen Teils der nationalen Angelegenheiten angegangen worden. Nichts als vollste Öffentlichkeit könne genügen.“

Es ist nicht einzusehen, weshalb ein englischer hoher Beamter, dessen Bekanntschaft der deutsche Kaiser in England gemacht hat, einen privaten, von persönlichen Dingen handelnden Brief (so hat's der Lord im Parlament genannt!) der Öffentlichkeit preisgeben soll. Der Lord hat erklärt, in dem Schreiben Kaiser Wilhelms sei nichts vom englischen Flottenbudget enthalten, sondern lediglich die Rede von der ungerechten Kritik gewesen, die man in England am Budget der deutschen Flotte übt.

Die englische Regierung hat amtlich durch den Schatzsekretär Asquith im Unterhause erklären lassen: „Es ist Tatsache, daß Lord Tweedmouth am 18. v. einen Brief vom deutschen Kaiser erhielt. Es war eine rein private und persönliche Mitteilung, die in durchaus freundschaftlichem Sinne gehalten war, und die Antwort des Lord Tweedmouth war ebenso privat und nicht förmlich gehalten. Weder der Brief noch die Antwort waren dem Kabinett bekannt oder mitgeteilt worden. Ich möchte mit bezug auf einige Andeutungen, die gemacht worden zu sein scheinen, bemerken, daß, ehe der Brief eintraf, das Kabinett seine endgültige Entscheidung bezüglich des Flottenbudgets von diesem Jahre getroffen hatte.“ — Was man in England noch aus dieser Angelegenheit machen wird, kann Deutschland ruhig abwarten.

Deutscher Reichstag.

Am 6. d. wird die zweite Etatsberatung des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Bayrischer Staatsrat Ritter v. Burkhard: Der Abg. Fuhrmann hat gestern behauptet, der bayrische Finanzminister habe in der bayrischen Kammer die Notwendigkeit nicht allein neuer indirekter Steuern, sondern auch einer Reichserbschaftssteuer, oder, wenn diese nicht durchzubringen sei, einer Reichsvermögenssteuer anerkannt. Daraus folgert man, der bayrische Finanzminister sei ein Freund direkter Reichssteuern. Dagegen hat er vor etwa 14 Tagen in dem Finanzausschuß der bayrischen Kammer erklärt, das Reich brauche 250 bis 330 Millionen neuer Steuern. Wenn der Reichstag weitere indirekte Steuern bewilligen sollte, dann würde er sicherlich die Heranziehung des Vermögens in irgendeiner Form fordern, und dann würde auch wahrscheinlich zur Deszendenten- und Ehegattenerbschaftssteuer geschritten werden müssen. Das wäre gegenüber der Einführung der direkten Reichssteuern das kleinere Übel. Das ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was behauptet wurde. Wollen Sie jetzt dem neuen Reichsschatzsekretär Zeit lassen, sein Programm auszuarbeiten und es dann mit dem Bundesrat und dem Reichstag in Übereinstimmung zu bringen. Ich hoffe, daß wir dann einmütig zusammenarbeiten und die Bundesstaaten ihre Kulturaufgaben erfüllen können.

Abg. Hoch (soz.): Der Staatssekretär hat uns Einseitigkeit vorgeworfen, nur er habe seine Informationen von den verschiedenen Seiten. Auch wir tun dies! Die Mißstände in dem Krankenkassenwesen sind dadurch entstanden, daß die Aufsichtsbehörden von ihrer Befugnis nicht genügend Gebrauch machen und die Arbeiter von der Selbstverwaltung immer mehr ausgeschlossen werden. Die größten Mißstände bestehen in den Betriebskrankenkassen, da die Arbeiter in diesen nicht in der Lage sind, ihre Interessen in notwendiger Weise zu vertreten. Schwere Mißstände bestehen auch bei den Berufsgenossenschaften. Die Rentenempfänger werden von den Berufsgenossenschaften drangsaliert und bekommen ihnen gegenüber selten recht. Redner kommt sodann auf die Seeberufsgenossenschaft zu sprechen. Abg. Heckscher habe dort gezeigt, was von der liberalen Arbeiterfürsorge zu halten sei. Eine Reform der Unfall- und Invaliditätsversicherung ist im Interesse der Ärmsten erwünscht. Die Ärzte müssen auskömmlich und zufriedenstellend bezahlt werden, dann ist auch für die Kranken am besten gesorgt. Die freie Arztwahl würde zu teuer werden, grundsätzlich soll sie aber nicht abgelehnt werden. Geheimrat Hoffa meinte, die Kassenärzte seien gar nicht in der Lage, ihre Patienten zweckmäßig zu behandeln.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Klage über zu strenge Festsetzung der Invalidenrente ist unberechtigt. Abg. Kämpf hat gefragt, was auf Grund der Resolution Ablaß geschehen sei, die die Einwirkung der Armenunterstützung auf die Wahrnehmung öffentlicher Rechte betraf. Die Resolution beschäftigt mich gegenwärtig. Meine persönliche Ansicht ist die, daß diese Bestimmung nicht mehr in allen Beziehungen mit der gegenwärtigen Entwickelung in Übereinstimmung zu bringen ist. Die Art der Gewährung von Armenunterstützung hat sich im Laufe der Jahre außerordentlich verändert, es gibt jetzt Krankenhausbehandlung, Heimstättenbehandlung und Gewährung von Schul- und Lernmitteln usw. Der Umfang der Armenfürsorge hat in erfreulicher Weise zugenommen, deshalb glaube ich, daß man in eine Revision treten muß. Nur bei dauernder Unterstützung sollte das Wahlrecht verlustig gehen. Diese verschiedenen Gesichtspunkte werden geprüft werden, dann geht die Angelegenheit an den Bundesrat zu weiterer Beschlußfassung. Die Reform der Versicherungsgesetzgebung ist die wichtigste Aufgabe meines Amtes. Den Dank des Frhrn. v. Heyl für die Einbringung der Gewerbeordnungsnovelle lehne ich für mich ab, er gebührt dem Grafen Posadowsky. Das Ergebnis der Kartellenquete wird als negativ bezeichnet. Im Reichstag haben die Kartelle keine Vertreter, die Regierung muß daher unbefangen prüfen. Das ist doch noch lange keine Parteinahme. Die Reichsverwaltung hat schon seit langer Zeit die große wirtschaftliche Bedeutung der Kartelle und ihre ernste Gefahr erkannt. Wenn die Kartelle über das zulässige Maß hinausgehen sollten, so wird ein Riegel vorgeschoben. Eine schematische Regulierung der Angelegenheit ist unmöglich.

Abg. Mugdan (frs. Vp.): Herr Hoch hat maßlos übertrieben. Es ist unverständlich, wie man in dem auf Grund des allgemeinen, direkten, geheimen Wahlrechts gewählten Reichstage von der Rechtlosigkeit der Arbeiter sprechen kann. Hätte es von der Sozialdemokratie abgehangen, so wäre noch nichts geschehen. Bezüglich des Kassenwesens in Berlin liegt es so, daß nur mit sieben Ärzten Verträge abgeschlossen werden, diese sind also zu den 400 bis 500 sonstigen Ärzten gewissermaßen Zwischenmeister. Die Ärzte sind von den Krankenkassen abhängig. Hält die Kasse einen nach Urteil des Arztes Erwerbsunfähigen nicht für erwerbsfähig, so wird ein andrer Arzt befragt, der schließlich aus Existenzrücksichten den Mann gesund schreibt, und das nennt man dann Sparsamkeit. Widerspricht der Arzt der Krankenkasse, so läuft er Gefahr, ausgeschlossen zu werden. Wir sind für die freie Arztwahl, weil wir bei dem System der fixierten Kassenärzte eine sachgemäße Behandlung der Patienten für unmöglich halten.

Abg. Schack (wirtsch. Vgg.) regt an, eine ständige Kommission für Sozialpolitik einzusetzen, die Vorarbeiten zur Pensionsversicherung der Privatangestellten sollten beschleunigt werden. Die Altersgrenze bei der Altersversicherung muß herabgesetzt werden. Das Kaufmannsgerichtswesen wird in Bayern und Sachsen sehr gefördert, für Preußen ist noch manches zu wünschen, insbesondere in den Industriebezirken. Bei diesen Wahlen hat das Proportionalwahlsystem sich vorzüglich bewährt, deshalb verlangen wir in unsrer Resolution dieses Wahlsystem für alle Wahlen von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter auf Grund der Arbeiterversicherungs- und der Arbeiterrechtsgesetze. Der Resolution v. Brockhausen auf Unterstrafestellung des Schmiergeldervergehens stimmen wir nicht zu.

Abg. Neuner (nat.-lib.) begründet eine Resolution betreffend die Unfallfürsorge bei Arbeiten, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, unter besonderer Berücksichtigung der bei solcher Tätigkeit vorkommenden Feuer-, Wasser- und andrer Gefahren.

Darauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung Dienstag.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm hat in Wilhelmshaven die Vereidigung von 843 Marinerekruten vorgenommen und dem Stapellauf des Linienschiffes „Ersatz Bayern“, das den Namen Nassau erhielt, beigewohnt.

*Wieder einmal haben die ‚Times‘ einen ungeheuren Skandal verursacht zu dem einzigen Zweck, Deutschland und seiner Politik Ungelegenheiten zu bereiten. Das Blatt hat nämlich einen Artikel veröffentlicht, in dem die Behauptung aufgestellt wird, Kaiser Wilhelm habe an den ersten Lord der englischen Admiralität, Tweedmouth, einen Brief geschrieben, in dem der Versuch gemacht wird, Einfluß auf die englische Flottenpolitik zu gewinnen. — Wahr ist aber nur, daß der deutsche Kaiser an den Lord, der den Monarchen von seinem Besuch in England her kennt, einen Privatbrief gerichtet hat. In diesem Sinne gab auch die Regierung in der Kammer eine Erklärung ab. Trotz alledem erregt die Angelegenheit in ganz Europa peinliches Aufsehen, weil sie vor allem zeigt, daß die englischen Hetzpolitiker ununterbrochen am Werke sind, um Zwietracht zu säen.

[illegible] entsprechende Zusage.

*Wie verlautet, soll die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch eine Ergänzung zur Gewerbeordnung neu geregelt werden. Danach sollen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, an den übrigen Sonn- und Festtagen nicht länger als 5 Stunden beschäftigt werden.

* Der dem preuß. Abgeordnetenhause zugegangene Entwurf über den Bau des masurischen Kanals verlangt für den eigentlichen Kanal vom Mauersee nach der Alle bei Allenburg 14 700 000 Mark und für die Anlage von Staubecken im masurischen Seegebiete 1 815 000 Mark. Mit dem Bau des Kanals soll erst dann begonnen werden, wenn der gesamte zum Bau des Kanals erforderliche Grund und Boden der Staatsregierung unentgeltlich und lastenfrei überwiesen ist oder etwaige für Beschaffung von Boden entstehende Kosten dem Staate sichergestellt sind.

*Der Etatsausschuß in Halle a. S. beschloß, der Einführung der Wertzuwachssteuer für unbebaute Grundstücke auf 20 Jahre, für bebaute auf 10 Jahre rückwirkende Kraft zu geben.

*Die bayrische Abgeordnetenkammer hat mit Zustimmung des Justizministers beschlossen, daß die Zuständigkeit der Schwurgerichte für die durch die Presse begangenen Zuwiderhandlungen gegen das Verbot des unlauteren Wettbewerbs abgeschafft werden soll. Der Minister betonte dabei, daß die grundsätzliche Einrichtung der Schwurgerichte mit diesem Beschluß nichts zu tun habe.

*Am 1. April d. tritt auch für den Südbezirk des Schutzgebietes Kamerun die in den andern Bezirken schon seit Juli v. geltende Verordnung in Kraft, daß die Farbigen ihre Löhnung in bar erhalten. Die Verwaltung hofft dadurch dem Tauschhandel immer mehr Gebiete zu entziehen und dem Barhandel zuzuführen.

Österreich-Ungarn.

*Aus Wien wird gemeldet, daß jetzt festgesetzt sei, die angekündigte Vermehrung des Rekruten-Bestandes der Landwehr betrage 5000 Mann. Diese Maßnahme gründet sich auf die Anforderungen für die neuen Artillerieformationen und die Gebirgstruppen.

Frankreich.

*König Eduard, der zum Besuch in Paris weilt, hatte mit dem Ministerpräsidenten Clémenceau und dem Minister des Äußeren Pichon eine lange Unterredung. Es heißt, daß sowohl die Maßnahmen in Marokko, als auch die Balkanfrage Gegenstand der Unterhandlungen gewesen seien. Außerdem sind die Reisen des Präsidenten Fallières nach den Nordlanden festgesetzt worden. Der Präsident der Republik wird im Juli die französisch-englische Ausstellung in London besuchen und sich von dort nach Kopenhagen und Christiania begeben; ob er auch dem König von Schweden einen Besuch machen wird, ist noch nicht endgültig bestimmt.

*Bei der Beratung des Nachtragskredits für Marokko im Senat erwiderte Kriegsminister Picquart auf eine an ihn gerichtete Frage, der Truppenbestand in Marokko sei nach und nach auf 13 000 Mann erhöht worden. Der Unterhalt der Truppen einschließlich derjenigen von Udjida und im Gebiete der Beni Snassen, und die Erneuerung des Materials habe bisher einen Aufwand von ungefähr 16 Millionen erfordert. Marineminister Thomson erklärte, von der Marineverwaltung seien außerdem noch ungefähr vier Millionen verausgabt worden, nicht gerechnet die Reparatur der Schiffe, die noch nicht beendigt sei.

Schweiz.

* Wie aus Bern gemeldet wird, hat die deutsche Reichsregierung wegen der Zweifel und Schwierigkeiten, zu denen der deutsch-schweizerische Niederlassungsvertrag Anlaß gab, eine gänzliche Revision dieses Vertrages vorgeschlagen. Die Verhandlungen über einen neuen Vertrag sollen in einigen Tagen in Bern beginnen.

Italien.

*In Rom sind 149 Mitglieder sämtlicher Eisenbahnverwaltungen zusammengetreten, um über die Einführung internationaler Rundreisehefte zu beraten.

Amerika.

*Die Vorbereitungen für die Präsidentenwahl in den Ver. Staaten sind in vollem Gange. Die Demokraten werden wieder ihren Kandidaten Bryan aufstellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219080311-13/fragment/page=0005